

Thesenpapier

Aufbruch in ein neues Industriezeitalter

14. Mai 2021

Von Anton Hofreiter und Michael Vassiliadis

Die Verwirklichung des Pariser Klimaabkommens ist die große politische, ökonomische und soziale Frage unserer Zeit. Sie muss für jede Regierung dieser Welt handlungsleitend und mit voller Kraft angegangen werden.

Auf die deutsche und europäische Industrie kommt darum ein gewaltiger Veränderungsprozess zu. Für Deutschland mit einem hohen industriellen Anteil an der Wertschöpfung gilt dies insbesondere. Allein die Industrie ist hierzulande für fast ein Viertel der CO₂-Emissionen verantwortlich und muss dringend neue Wege beschreiten, um im Einklang mit den Pariser Klimazielen auch an deutschen Standorten klimaneutral zu werden. Nachhaltige Produkte und Prozesse werden ein globaler Trend, der von der Notwendigkeit der Klimaneutralität angetrieben wird. Die stark exportorientierte Industrie hat sich auf den Weg gemacht, vorne mit dabei zu sein, damit sie auch zukünftig im Wettbewerb bestehen kann. Standortsicherung und damit auch Arbeitsplätze werden künftig entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, klimaneutrale Technologien hier zu entwickeln und anzuwenden. Der Erfolg der Transformation wird sich daran bemessen, wie es gelingt, Industriearbeit und industrielle Wertschöpfung in Zukunft in Deutschland und Europa zu erhalten.

Dieser Prozess bedarf aktiver politischer Gestaltung und Unterstützung. Für die Umsetzung der Klimaziele bedarf es plan- und umsetzbarer Wege sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, eines verlässlichen ordnungspolitischen Rahmens und echter Beschäftigungsperspektiven. Nur so können in einem demokratischen Transformationsprozess die Bereitschaft, Akzeptanz und kreative Mitgestaltung der Beschäftigten hergestellt und ein erfolgreicher Wandel vollzogen werden.

Es braucht einen Aufbruch in ein neues Industriezeitalter, damit die Transformation gelingt. In einem gemeinsamen Workshop haben die Grüne Bundestagsfraktion und die IG BCE über den sozial-ökologischen Umbau in der Industrie diskutiert. Folgende gemeinsame Thesen für eine erfolgreiche Transformation erachten wir dabei als zentral:

These 1: Die Transformation muss Klima- und Beschäftigungsziele gleichermaßen adressieren

Innerhalb der verschiedenen Industriebranchen sind die Branchen der Grundstoffindustrie wie Stahl, Chemie, Zement oder Papier diejenigen mit den höchsten Treibhausgasemissionen. Auch die Grundstoffchemie deckt ihren Energiebedarf aktuell vor allem über Erdgas, Öl und Kohle. Sie stellt mit knapp 200.000 Beschäftigten den größten

Teil der insgesamt rund 550.000 Beschäftigten in der Grundstoffindustrie. Genauso wichtig und zentral wie das Aufzeigen möglicher Pfade hin zur Klimaneutralität ist der Fokus auf die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur. Neben den Risiken für die Beschäftigten gibt es Grund für Optimismus. Einer McKinsey-Studie (Net-Zero Europa, November 2020) zufolge kann die Strategie für Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 zusätzlich fünf Millionen neue Jobs in Europa bringen. Allerdings kommt es zu teils erheblichen Veränderungen in den Regionen und in den Branchen. Welche Beschäftigungseffekte entstehen, hängt einerseits davon ab, ob es mithilfe aktiver Industriepolitik gelingt, die Standorte zukunftsfest zu machen. Andererseits kommt in den nächsten Dekaden ein gewaltiger Re- und Weiterqualifizierungsbedarf auf die jeweiligen Branchen und Sektoren zu. So geht die McKinsey-Studie davon aus, dass bis zum Jahr 2050 18 Millionen Beschäftigte umgeschult bzw. weitergebildet werden müssen. Diese Zahlen relativieren sich allerdings vor dem Hintergrund der Digitalisierungs-Herausforderungen. Dort wird der Qualifizierungsbedarf im Vergleich zur ökologischen Transformation um ein fünffaches höher eingeschätzt. Nichtsdestotrotz wird es in der Grundstoffindustrie zu größeren quantitativen und qualitativen Anpassungen kommen, die mit einer bestmöglichen Qualifizierungsgarantie beantwortet werden müssen.

These 2: Der Staat muss mit einer aktiven Industriepolitik ein neues Zeitalter einläuten

Die Umstellung der Grundstoffchemie auf Treibhausgasneutralität ist komplex. Die wichtigsten chemischen Grundstoffe der Chemieindustrie – Kohlenstoff, Ammoniak und Chlor – werden in sehr unterschiedlichen Prozessen hergestellt, für die es jeweils Alternativen gibt. So lassen sich Ammoniak und Chlor alternativ mit erneuerbarem Strom und grünem Wasserstoff produzieren, als Basis für die Kohlenstoffchemie kann unter anderem Biomasse genutzt werden. So können in den nächsten Jahren in erheblichem Umfang Emissionen vermieden werden. Technologien zur klimaneutralen Herstellung von Dampf befinden sich bereits in der Anwendungsreife. Andere Technologien zur Herstellung von Grundchemikalien durch grünen Wasserstoff oder Bio-raffinerien werden frühestens in den nächsten fünf bis zwanzig Jahren industrielle Dimensionen der Produktion erreichen. Gemein ist diesen Technologien, dass sie heute nur begrenzt einsetzbar bzw. sehr teuer sind.

Aktive Industriepolitik fördert klimaneutrale Technologien verlässlich, um ihnen zum Durchbruch und Markthochlauf zu verhelfen. Dies ist notwendig, um die Vorteile herkömmlicher Herstellungsprozesse zu kompensieren, die nur daher kommen, dass diese Verfahren seit Jahrzehnten technisch ausgereift und etabliert sind. Konkret bedeutet dies: eine direkte Innovations- und Investitionsförderung in Form von Forschungsprogrammen für klimaneutrale Industrien, die Beseitigung steuerlicher Fehlanreize, direkte Zuschüsse in saubere Anlagen, attraktivere steuerliche Abschreibungen sowie die Erstattung der Preisdifferenz zwischen tatsächlichen Kosten neuer An-

lagen und dem aktuellen CO₂-Preis in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren. Um langfristig Planungssicherheit für Investitionen zu gewährleisten, sind ein wirksamer CO₂-Preis mit nachvollziehbarem Anstiegspfad sowie die zuverlässige Verfügbarkeit erneuerbarer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen zentral.

Die ökologische Transformation in der Chemieindustrie bedeutet allerdings mehr als die Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Hinsichtlich der Produktpalette müssen Entwicklung und Anwendung innovativer und ressourcenschonender Verfahren ins Zentrum rücken. Hierbei kommt dem Aufbau einer Kreislaufwirtschaft eine entscheidende Rolle zu. Mehrfachnutzung, Reparatur und Wiederaufbereitung sollten, wenn immer möglich, der Neuproduktion von Gütern, Materialien und Produkten vorgezogen werden. Dabei kommt dem Material- und Produktdesign eine Schlüsselrolle zu. Die Chemieindustrie kann hier einen riesigen Beitrag für einen erfolgreichen Weg in eine ressourcenleichte Gesellschaft leisten, indem sie im Dialog mit Güterproduzenten Chemikalien und Materialien entwickelt, die perfekt an die Bedürfnisse einer Kreislaufwirtschaft angepasst sind.

These 3: Industrie muss im sensiblen Übergangszeitraum im internationalen Wettbewerb bestehen

Nicht überall und sofort werden die vorgeschlagenen Instrumente ausreichen, um die sozial-ökologische Transformation erfolgreich zu gestalten. Gerade in der Chemieindustrie sind viele erforderliche Technologien noch in der Entwicklung und kommen erst in den nächsten Jahren zum Einsatz. Schon heute müssen wichtige Weichen gestellt und kluge Investitionen getätigt werden. Der langjährige Umbauprozess bleibt dennoch sensibel und muss daher, wenn nötig, mit weiteren Schutzmaßnahmen für die Unternehmen und deren Beschäftigten einhergehen.

Außerdem verläuft der Prozess international nicht gleichzeitig ab. So könnten andere Industriestandorte internationale Kostenvorteile dadurch erlangen, dass sie Kosten für Umwelt- und Klimaschutz bei ihren Produkten nicht bzw. nicht gleichermaßen einpreisen. Das würde falsche Anreize für eine verzögerte Modernisierung setzen. Zudem braucht die hiesige Industrie in dieser besonders verwundbaren Phase des klimaneutralen Umbaus ein faires Wettbewerbsumfeld auf globalen Märkten. Daher gilt es Mechanismen zu entwickeln, die die unterschiedlichen Standards beim Ziel der CO₂-Vermeidung nicht zu einem Wettbewerbsnachteil für ambitionierte Unternehmen werden lassen.

These 4: Der Ausbau der Erneuerbaren und Grüner Wasserstoff sind entscheidend für ein Gelingen der Transformation

Strom und Wasserstoff werden neben Biomasse zu den Hauptenergieträgern bzw. Rohstoffen in der chemischen Grundstoffindustrie. Um Klimaneutralität bis spätestens zum Jahr 2050 zu erreichen, müssen diese schnellst möglich zu 100 Prozent grün

werden. Leider sind die bisherigen Maßnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien und die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung nicht ausreichend, um diese Ziele zu erreichen.

Die in diesem Jahr in Kraft getretene Novelle zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz zögert den Ausbau von Wind- und Solarenergie sogar weiter heraus. So werden die beschlossenen Ausbaumengen und die international vereinbarten Klimaschutzziele verfehlt. Um die Energiewende wieder flott zu machen, braucht es deutlich höhere Ausbaumengen für Wind- und Solarenergie, eine verpflichtende Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen der örtlichen Windparks sowie verlässliche Investitionen in Speicher und Netze. Das hätte auch Auswirkungen auf den Strompreis, da Strom aus Windenergieanlagen heute schon günstiger ist als Strom aus fossilen Energieträgern.

Der massive Ausbau erneuerbarer Energien ist eine zentrale Voraussetzung, um wirklich Grünen Wasserstoff herstellen zu können. Die nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung ist allerdings nicht ambitioniert genug, um die Industrieprozesse in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu dekarbonisieren. Die geplante Wasserstoffproduktion in Deutschland reicht nicht mal für ein Viertel des dringenden Bedarfs allein in der Stahl- und Chemieindustrie. Wir brauchen deutlich ambitioniertere Ziele, die dem angepeilten Bedarf entsprechen, und Kriterien für den Importanteil. Zudem ist völlig klar, dass der kostbare Wasserstoff nicht allen Sektoren gleichermaßen zustehen kann. So braucht es einen klaren Vorrang für die Industrie und den Schwerlastverkehr.

These 5: Mitbestimmung der Beschäftigten in der Transformation muss gestärkt werden

Die Transformation, gewaltige Umbrüche, ein Aufbruch in ein neues Industriezeitalter – große Begriffe und Prozesse bringen auch Unsicherheiten, Ungerechtigkeiten, Ängste, Sorgen und Befürchtungen mit sich. Und diese sind in Anbetracht der Größe der Aufgabe nicht unbegründet – im Gegenteil. Es wäre schlicht unehrlich zu behaupten, alle heutigen Jobs, die von fossilen Energieträgern abhängig sind, würden eins zu eins in einer klimaneutralen Zukunft erhalten bleiben. Neue Jobs und neue Qualifikationen brauchen eine gemeinsame Anstrengung aller Akteure: der Beschäftigten, der Betriebsräte, der Sozialpartner und der Gesetzgebenden. Eine aktive Industriepolitik sowie eine vorausschauende Arbeits- und Sozialpolitik bilden das Grundgerüst, auf dem die sozial-ökologische Transformation gelingen kann.

Aber es braucht noch mehr als das. Entscheidend für ein Gelingen der sozial-ökologischen Transformation ist eine Mitbestimmungskultur, die den Beschäftigten Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet und ihre Kompetenz in den Wandel miteinbezieht. Die heutigen Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen entsprechend den Herausforderungen der Transformation erweitert werden.

Hier ist dringender Handlungsbedarf angezeigt, sowohl bei der betrieblichen als auch bei der unternehmerischen Mitbestimmung. So müssen Beschäftigtenvertreter*innen bei der Personalentwicklung und der Verbesserung der Klimabilanz des Unternehmens ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht bekommen. Studien zeigen, dass mitbestimmte Unternehmen robuster und besser gerüstet sind für Krisen. Beschäftigte stellen sich dann quer, wenn wichtige Entscheidungen über ihre Zukunft ohne sie getätigt werden.

Die Unternehmensmitbestimmung muss wieder verstärkt in die Offensive kommen. Dies gilt gerade in Zeiten großer Umbrüche, da unternehmerische Mitbestimmung dazu führt, dass Beschäftigung besser gesichert sowie mehr in Forschung, Entwicklung und in das Anlagevermögen investiert wird. Leider ist die unternehmerische Mitbestimmung aber auf dem Rückzug, auch weil Unternehmen sie rechtswidrig ignorieren oder bewusst und gezielt versuchen zu umgehen. Wir brauchen daher ein Update für die Unternehmensmitbestimmung, das bei Nichteinhaltung schärfer sanktioniert, Umgehungslücken schließt und bereits bei Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten greift. Darüber hinaus sollte die Unternehmensmitbestimmung dahingehend reformiert werden, dass bei einem Abstimmungsstau im Aufsichtsrat verpflichtend ein Schlichtungsverfahren eingeleitet werden muss. Das gilt in jedem Fall für so wesentliche Entscheidungen wie Betriebsschließungen, -verlagerungen oder Massenentlastungen.

These 6: Neue Formen des Dialogs und der Konfliktlösung sind notwendig

Die Transformation unserer Industriegesellschaft wird nicht ohne Konflikte verlaufen. Dafür sind zu viele Interessen und Biografien betroffen. Wir kommen in einigen Fragen zu unterschiedlichen Positionen und Bewertungen. Dies betrifft zum Beispiel die Geschwindigkeit einzelner Transformationspfade oder die Bedeutung bestimmter Übergangstechnologien in der Transformation. Uns ist wichtig, dass wir vor diesen gesellschaftlichen Kontroversen nicht die Augen verschließen. Wir dürfen aber keine Zeit damit verschwenden, uns in Konflikten zu verhaken, sondern müssen gemeinsame Lösungen für Probleme zu entwickeln. Dafür wollen wir nach neuen Wegen des Dialogs und des gesellschaftlichen Interessenausgleichs suchen.